

**Protokoll
über die 7. Sitzung des Ausschusses für Verwaltungsmodernisierung und
Umlandbeziehungen am 18.05.2005**

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Multifunktionsraum (E 070)

Anwesenheit

Vorsitzender

Menzlin, Thoralf PDS

ordentliche Mitglieder

Jäger, Armin Dr. CDU
Niesen, Dieter SPD
Pelzer, Karla CDU
Renner, Monika CDU
Teubler, Ulrich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellvertretende Mitglieder

Ahlgrim, Brigitte PDS
Zischke, Thomas SPD

Verwaltung

Claussen, Norbert Oberbürgermeister
Lippert, Björn
Schlick, Stefan
Vogt, Petra
Wollenteit, Hartmut

Gäste

Steinmüller, Rolf Unabhängige Bürger

Leitung: Thoralf Menzlin

Schriftführer: Gabriele Schulz

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 6. Sitzung vom 16.02.2005 (öffentlicher Teil)
3. Entwurf eines Gesetzes über den Übergang von Landespersonal auf die Kreise aus Anlass der Funktionalreform I (Personalübergangsgesetz - PersÜG M-V) und Begründung
4. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung **Bemerkungen:**

Der Vorsitzende des Ausschusses für Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen, Herr Menzlin, eröffnet um 17.05 Uhr die Sitzung, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Gäste sowie die Vertreter der Verwaltung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist gegeben.

Auf die Frage, ob es Ergänzungen oder Hinweise zur vorgeschlagenen Tagesordnung gibt, fragt Herr Teubler, wie der Ausschuss mit dem TOP 3 umgehen soll. Herr Wollenteit beantwortet die Frage insoweit, dass der Entwurf des Gesetzes über den Übergang von Landespersonal auf die Kreise aus Anlass der Funktionalreform I sowie die Begründung dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wird. Herr Dr. Jäger betont, dass es sich lediglich um einen Ressortentwurf handelt. Es ist kein Kabinettsbeschluss der Landesregierung. Die vorliegende Tagesordnung wird somit bestätigt.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 6. Sitzung vom 16.02.2005 (öffentlicher Teil)

Die Sitzungsniederschrift der 6. Sitzung vom 16.02.2005 wird bestätigt.

zu 3 Entwurf eines Gesetzes über den Übergang von Landespersonal auf die Kreise aus Anlass der Funktionalreform I (Personalübergangsgesetz - PersÜG M-V) und Begründung

Bemerkungen:

Zum TOP 3 übergibt der Ausschussvorsitzende das Wort an Herrn Wollenteit. Herr Wollenteit erläutert den Gesetzentwurf und weist auf vorhandenes Konfliktpotential hin.

Die Ausschussmitglieder kritisieren, dass die Thematik durch das Land ausschließlich nach fiskalischen Gesichtspunkten betrachtet wird. Es wird davon ausgegangen auf Landesebene Kosten zu sparen. Wichtig ist, dass der Kreistag oder die Kommunen bei der Personalüberleitung das Mitspracherecht haben. Diskutiert werden die unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Gewerkschaften.

Auf die Frage von Frau Pelzer, inwieweit Kontakte bestehen zu den kreisfreien Städten Wismar, Neubrandenburg usw., antwortet Herr Wollenteit, dass eine gute Vernetzung vorhanden ist. Der OB betont die Notwendigkeit, verschiedene Netze zu nutzen, weist aber auch darauf hin, dass die Interessen der Städte und Landkreise auseinanderdriften.

Herrn Steinmüller wird als Gast auf seinen Wunsch hin das Wort erteilt. Er findet es wichtig, dass der Ausschuss sich zu diesem Gesetzentwurf äußert ohne dafür einen Beschluss der Stadtvertretung zu benötigen. Die Verwaltung legt dar, dass der vorgelegte Entwurf abgelehnt wird. In diesem Sinne ergeht auch eine Stellungnahme des Ausschusses.

Frau Pelzer ergänzt die Befürchtungen der Kommunen zur Übernahme von Landesbediensteten, welche deutlich höhere Gehaltsgruppen haben, denen aber Führungserfahrungen fehlen. Auf den Einwand von Herrn Zischke, vor Abgabe einer Stellungnahme des Ausschusses die Gewerkschaften anzuhören, entgegnet Frau Pelzer, dass hier der Ausschuss gefragt ist. Die Gewerkschaften können sich später beratend einbringen. Die Ausschussmitglieder diskutieren darüber, ob der Ausschuss hier tatsächlich gefragt ist oder nur die Verwaltung. Auf Anfrage bis wann eine Stellungnahme dem Innenministerium gegenüber abzugeben ist, antwortet Herr Wollenteit, dass dieses bis zum 19. Mai 2005 erfolgen soll.

Beschluss:

Frau Pelzer stellt folgenden Antrag:

Nach ausführlicher Erörterung der Sachlage kommt der Ausschuss darin überein, der ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung zuzustimmen.

Der Ausschuss macht sich die vorgeschlagene Position der Verwaltung zu eigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	0

zu 4

Sonstiges

Bemerkungen:

Beginn der Sitzungen

Frau Pelzer fragt, ob es möglich ist, den Sitzungsbeginn von 17.00 auf 18.00 Uhr zu verschieben. Da seitens der Ausschussmitglieder keine Bedenken bestehen, verkündet der Ausschussvorsitzende, dass dieser Hinweis aufgenommen wird und in Zukunft die Sitzungen um 18.00 Uhr beginnen werden.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18.00 Uhr.

gez. Thoralf Menzlin

Ausschussvorsitzende/r

gez. Gabriele Schulz

Protokollführer